

N o t i z

über die Gespräche mit einer schwedischen Delegation am
14. Oktober 1970 in Bern

Teilnehmer:

- Schweden: Bengt Dennis, Staatssekretär im Aussenhandels-
ministerium
Gunnar Ryding, stellvertretender Generalsekretär
im Aussenministerium
Botschafter Erik von Sydow, Chef der schwedischen
EFTA-Delegation in Genf
Bengt Borglund, Botschaftsrat, Schwedische Botschaft,
Bern
- Schweiz: Botschafter Dr. P.R. Jolles, Direktor der Eidg.
Handelsabteilung, Leiter der
Verhandlungsdelegation mit der EWG
Botschafter Dr. A. Weitnauer, Delegierter für Handels-
verträge und Spezialmissionen
Botschafter P. Languetin, Delegierter für Handels-
verträge, Chef der schweizerischen
EFTA-Delegation in Genf
Botschafter Professor Dr. R. Bindschedler, Rechtsber-
ater des Eidg. Politischen
Departements
M. Jaeger
Dr. B. von Tscharner, Chef des Integrationsbüros

Wichtigste Ergebnisse

1. Die Gespräche kreisten um die Erklärungen, die die beiden Länder
am 10. November in Brüssel abzugeben haben werden. Die Unter-

schiede zwischen der schwedischen und der schweizerischen Konzeption kamen dabei mit aller wünschbaren Deutlichkeit zum Ausdruck. Sie werden sich nicht beseitigen lassen.

2. Die schwedischen Gäste wiesen darauf hin, dass die Regierung nach den Wahlen noch keinen neuen Beschluss über die grundsätzliche Ausrichtung der Integrationspolitik Schwedens gefasst hat und dass auch mit der Redaktion der Erklärung für den 10. November noch nicht begonnen wurde. Die Ausführungen unserer Gesprächspartner liessen jedoch deutlich werden, dass mit keiner Kurskorrektur zu rechnen ist. Ein Abweichen von der durch den Brief von 1967 vorgezeichneten Linie soll vermieden werden.
3. Das Hauptproblem Schwedens scheint zu sein, bei aller Treue zur Neutralität gegenüber den nordischen Beitrittskandidaten Norwegen und Dänemark zeitlich und sachlich nicht ins Hintertreffen zu gelangen. (Gefährdung der schwedischen Position im nordischen Raum?)
4. Dies führt zu folgender Verhandlungskonzeption:
 - a) Schweden wird die Mitgliedschaft nicht ausdrücklich ausschliessen, sie aber auch nicht als Ziel bezeichnen. Alle Möglichkeiten werden als offen hingestellt. Auch der Ausdruck "besondere Beziehungen" wird nicht verwendet werden.
 - b) Einzige Voraussetzung bleibt, dass die Neutralitätsvorbehalte angebracht werden können.
 - c) Diese Vorbehalte scheinen in bezug z.B. auf die "treaty making power" lediglich die Freiheit zu umfassen, im Einzelfall aus neutralitätspolitischen Motiven nein zu einer konkreten handelspolitischen Massnahme der EG sagen zu können.
 - d) Dagegen lehnen die Schweden jede Beteiligung an einer Währungsunion und an einer politischen Zusammenarbeit ab.

- e) Schweden wird demnach nicht exploratorische Gespräche sondern, zumindest implizite, Verhandlungen nach dem Schema der Beitrittsverhandlungen verlangen.
 - f) Insbesondere wird Schweden darauf Gewicht legen, dass es an den "fact-finding"-Arbeiten, die die Beitrittskandidaten und die EG gemeinsam leisten, beteiligt wird. Diese Beteiligung ist anderen, noch zu schaffenden besonderen Verfahren (lies: exploratorischen Gesprächen) vorzuziehen.
 - g) Alle Sachfragen sollen zuerst besprochen werden, und zwar durchaus auf der Grundlage des Rom Vertrags und des Folgerechts.
 - h) Erst am Schluss dieser Gespräche sollen die Grundsatzfragen (Mitgliedschaft ja oder nein? Neutralität) angeschnitten werden.
 - i) Sollten die Sechs Schweden trotz allem bloss exploratorische Gespräche anbieten, so würde dies faute de mieux akzeptiert.
5. Die schweizerische Haltung, die die politischen Zielsetzungen der Gemeinschaft ernst nimmt und die Auffassung des EG-Rats, dass eine Vollmitgliedschaft mit Vorbehalten unmöglich sei, respektiert, die deshalb die im Haager Kommuniqué erwähnte (d.h. offerierte) Schaffung besonderer Beziehungen unabhängig vom Rom Vertrag aufgreift, scheint auf die Gesprächspartner eine gewisse Faszination auszuüben. Die genannten Motive (nordischer Kontext, Treue zur Linie von 1967) sind jedoch stärker. Schweden glaubt offenbar auch, dass sein Profil als glaubwürdiger Neutraler weniger auf der Ebene der Aussenwirtschaftspolitik als in anderen Bereichen, wohl mehr politischer Natur, hinreichend gewahrt werden kann.
6. Die beiden Delegationen werden in engem Kontakt bleiben in der Frage des Abschlusses einer multilateralen Konvention zur Aufrechterhaltung der Zollfreiheit unter den EFTA-Staaten, die nicht Vollmitglied der EG werden.

7. Die beiden Delegationen sind sich der Gefahr bewusst, dass sie wegen ihrer unterschiedlichen Haltung in den Verhandlungen gegeneinander ausgespielt werden könnten. Sie werden sich an der EFTA-Ministerkonferenz in Genf über die zweckmässigste Weise, derartigen Versuchen zu begegnen, und über die an den Pressekonferenzen in Brüssel einzunehmende Haltung verständigen.